

Frauenbeitrag

Familienfreundlichkeit als Qualitätsmerkmal

Entscheidungen, die wir im Leben treffen, wirken sich aus: unsere Berufswahl, unsere Familiengründung, unser Wiedereinstieg sowie private Auszeiten, um zum Beispiel Angehörige zu pflegen. Gerade Frauen sind es, die hier zurückstecken, ohne im Blick zu haben, welche Auswirkungen dies auf ihr späteres finanzielles Auskommen hat. Für viele Frauen ist Altersarmut damit vorprogrammiert.

Der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. hat deshalb zu einer Talkrunde eingeladen, um mit Expertinnen und Experten zu diskutieren, was sich konkret gesellschaftlich und politisch ändern muss. Auch für 2016 bestätigt das Statistische Bundesamt erneut 22 Prozent Entgeltunterschied zwischen Frauen und Männern in Deutschland. Seit Jahren bleibt diese Zahl quasi unverändert, trotz aller Bemühungen, etwas gegen geschlechtsspezifische Gehaltsunterschiede zu tun.

Die Ungleichbezahlung von Frauen und Männern hat aber auch mit Rollenstereotypen zu tun: Frauen arbeiten häufiger in geringer bewerteten und vergüteten Berufen. Rollenbilder wirken sich auf die Aufgabenverteilung in Familien aus. Frauen übernehmen den Löwenanteil an unbezahlter Arbeit. Frauen arbeiten häufiger in Teilzeit und in Minijobs. Frauen sind deutlich seltener in Führung.

Trotz unterschiedlicher Berechnungsformeln, statistischer Erhebungen und bereinigter Entgeltlücken: Der Entgeltunterschied bleibt bestehen und bietet Einfallstore für bewusste und unbewusste Diskriminierung. Es ist ein Umdenken in der Politik und bei den Arbeitgebern gefordert. Das Vereinbarkeitsproblem von Familie und Beruf besteht nach wie vor und ist immer noch ein

vorrangiges Problem der Frauen. Familienfreundlichkeit muss ein Qualitätsmerkmal von Betrieben werden. Dringend sind ein Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit und ein Entgeltgleichheitsgesetz gefordert.

Um junge Frauen so früh wie möglich für ihre Entscheidungen zu sensibilisieren, sollten sich auch Schulen verstärkt des Themas „Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf - Auswirkungen auf die Alterssicherung“ annehmen und dies in den Unterricht einbinden.



Birgit Vahldiek
Mitglied im
Bundesfrauenausschuss

SoVD-Bundesverband führt zweitägige Landesschatzmeistertagung durch

Gemeinnützigkeit im Blick

An einer Landesschatzmeistertagung des SoVD-Bundesverbandes in Berlin nahmen im Oktober die Schatzmeisterinnen und Schatzmeister der SoVD-Landesverbände teil. Eingeladen waren auch die Landesgeschäftsführerinnen und -geschäftsführer, die Landesvorsitzenden, die Bundesrevisorinnen und -revisoren sowie alle Mitglieder des SoVD-Präsidiums.

Bundesschatzmeister Bruno Hartwig begrüßte die Teilnehmenden der Tagung, die unter anderem ein Kennenlernen aller neu gewählten Funktionäre in den genannten Ämtern zum Ziel hatte.

Die Schulung diente zudem der Sensibilisierung hinsichtlich des Stellenwertes der

Gemeinnützigkeit im Allgemeinen und des Verbandes im Besonderen.

Intensiver Austausch und Arbeit in der Gruppe

Arbeitsschwerpunkte waren zum Beispiel die Regelungen des neuen Anwendungserlasses zur Abgabenordnung (AEAO).

Ausführlich wurden auch die Themenkomplexe „Gemeinnützigkeitsrecht: Grundsätzliche Anforderungen, Zuordnung der Tätigkeitsbereiche sowie die damit verbundene Besteuerung, Grundsätze und Hinweise zur Mittelverwendung und Rücklagenbildung“ behandelt.

Auch das Thema „Spenden und Sponsoring“ kam zur Sprache.

Die Teilnehmenden tauschten sich aus und arbeiteten intensiv in Gruppen – so etwa mit dem Ziel, bei der Vereinsarbeit neue Ansätze im Hinblick auf die Erfüllung der satzungsgemäßen Zwecke zu erlangen.

Externer Referent und externe Referentin geladen

Als externe Referentin war Nadine Zimmermann (Steuerberatung Schomerus & Partner Berlin) geladen, die außerdem eine Bewertung verschiedener Arbeitsergebnisse vornahm. Ein weiterer Referent war Stefan Schülke (Evangelische Bank eG). Schülke berichtete zu Trends und Entwicklungen im Zahlungsverkehr.

Bundesschatzmeister Hartwig dankte abschließend der Leiterin der Finanzabteilung, Sandra Fehlberg, und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung für die gelungene Organisation der Veranstaltung.



Foto: Wolfgang Borrs

Gruppenfoto der gut besuchten und hilfreichen Tagung (nicht alle Teilnehmenden konnten am Fototermin teilnehmen).

SoVD im Gespräch



Foto Detlev Schilke:

Im Deutschen Bundestag fand im Oktober ein Gespräch zwischen SoVD-Präsident Adolf Bauer und der Parteivorsitzenden der Linken, Katja Kipping, statt. An dem Gespräch nahmen auch der Abteilungsleiter Sozialpolitik im Bundesverband, Fabian Müller-Zetzsche, und die pers. Ref. des Präsidenten, Stefanie Lausch, teil.

Gespräch über die neuen Regelsätze

Ein Gespräch über die Neubestimmung der Regelsätze ab 1.1.2017 führten SoVD-Präsident Adolf Bauer und die Parteivors. Die Linke, Katja Kipping. Es bestand Einigkeit, dass auch die neu festgelegten Regelsatzhöhen mit ihren willkürlichen Abschlägen ein Existenzminimum nicht decken können. Übereinstimmung bestand auch dahingehend, dass bei der Auseinandersetzung mit dem Thema stets die relative Definition von Armut maßgeblich sein müsse.

Es wurde verabredet, zu sozialpolitisch wichtigen Fragen im Austausch zu bleiben.

Positionen des SoVD aufgegriffen

Als Sachverständiger nahm der SoVD an einer öffentlichen Anhörung durch den Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages zum Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung der Versorgung und der Vergütung für psychische und psychosomatische Leistungen (PsychVVG) teil. Vorab hatte der SoVD bereits schriftlich Stellung genommen.

Schwerpunkt des Gesetzentwurfs ist u.a. die Neuausrichtung des entsprechenden Entgeltsystems. Themenfremd sollen zudem mit dem Gesetzentwurf den Einnahmen des

Gesundheitsfonds im Jahr 2017 einmalig 1,5 Milliarden Euro als „Finanzspritze“ aus dem Gesundheitsfonds zugeführt werden.

Der SoVD kritisiert die geplante Entnahme und fordert, den Gesundheitsfonds nicht auszuplündern. Stattdessen sollte nach Überzeugung des Verbandes die gesetzliche Krankenversicherung endlich einheitlich und solidarisch finanziert werden. Mit der Kritik am Gesetzentwurf bekräftigt der SoVD seine Forderung nach einer sofortigen Rückkehr zur vollen paritätischen Beitragsfinanzierung, ergänzt durch Maßnahmen zur Stärkung der solidarischen Umlagefinanzierung. In der Anhörung wurde auf die Positionen des SoVD Bezug genommen.